

SCHULEN KEINE EINBAHNSTRASSE

Veröffentlicht am 15. Oktober 2015

Verfasst von: [Dr. Lydia Hüskens](#), [FDP](#), [Freie Demokraten](#), [Hüskens](#), [Landtagswahl](#), [Sachsen-Anhalt](#), [Unterrichtsausfall](#)

Unterrichtsversorgung

Ihre Kompetenzen für die

rt

(Magdeburg) und besteht Schulpflicht. Daraus ergibt sich für Schüler die Pflicht, dass Kinder am Unterricht teilnehmen. Der Staat hat auch die Verpflichtung, dass Unterricht stattfindet“, stellvertretende Landesvorsitzende der Freien Demokraten

Sachsen-Anhalt

„In Sachsen-Anhalt wird in verantwortungsloser Weise dagegen verstoßen. Da wird eine Schule einen Tag zugesperrt, weil einfach keine Vertretungsressourcen da sind.“

Aus Sicht der Freien Demokraten ist es ein Problem, wenn das Kultusministerium das Problem klein redet - zumal die Schulpflicht, Schulaufsichts-, Eltern- und Schülervertretern, parlamentarischen Gremien und der SPD jahrelang ignoriert wurden. Das Ministerium hat daraufhin mit dem Motto „Geiz ist geil“ reagiert, weil sich der SPD-Kultusminister als SPD-Finanzminister durchsetzen konnte. Jetzt zu versuchen, das Problem zu ignorieren, indem den Schulen ein "Maulkorb" bezüglich der Schulpflicht anhängt wird, offenbart ein obrigkeitsstaatliches Denken – gegen die Idee der Mitbestimmung und Emanzipation, die in Sonntags- und Feiertagsunterricht beschworen werden. Hinzu kommt, dass das Ministerium die Unterstützung von Schulleitern versagt, was zusätzliche Belastungen für die Kollegien mit sich bringt.

Sachsen-Anhalt hat deutlich später als andere Länder begonnen, Lehrer einzustellen. Die Freien Demokraten fordern den Weg, der für die Schule vor Ort – mit eigenem Finanzbudget und eigener Personalfindung. Das gilt insbesondere für die Einstellung von Seiteneinsteigern. Das Kultusministerium hat die Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern mit internen Stellenangeboten, statt diese gezielt zu fördern. Andere Bundesländer haben in Größenordnung eingestellt. Viele Lehrkräfte, die in anderen Bundesländern ausgebildet wurden, arbeiten jetzt in anderen Bundesländern.

„Wer Verantwortung trägt, ist insbesondere ‚seinem‘ Personal gegenüber.“ Der Kultusminister ist keiner, den sich Schulleiter, Lehrer und Schüler über den Wahltag hinaus im Amt wünschen können. Abschließend.